

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

16.8.1862 (No. 192)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 16. August.

N. 192.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkundungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Karlsruhe, 15. August.

Neuertes und letztes Bulletin

über das Befinden Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise und der Prinzessin.

Dem bisherigen regelmäßigen und glücklichen Verlauf des Wochenberichtes entsprechend, ist auch heute das Befinden der hohen Wöchnerin ein verhältnismäßig ausgezeichnet gutes, so daß die Fortdauer desselben mit Zuversicht gehofft werden darf. Gesundheit und Gedulden der jungen Prinzessin sind vortrefflich.

Amerikanisch-englische Korrespondenz.

London, 13. Aug. Eine Korrespondenz zwischen Mr. Seward, dem amerikanischen Staatssekretär, und Carl Russell, die in den heutigen Blättern mitgetheilt ist, dürfte eines Auszuges werth sein, obwohl sie von keiner faktischen Wichtigkeit ist, und bloß ein neues Licht auf die Stimmung und Gesinnung der beiden Regierungen wirft. Am 28. Mai richtete Mr. Seward an den amerikanischen Gesandten in London eine ungeheurer lange Depesche, deren Gedankengang wir in folgendem skizziren:

Alle nothleidenden Klassen in Irland, in Belgien, in Frankreich und anderen Gegenden Europa's schreiben ihr Unglück dem Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten zu. Es ist offenbar, daß, was die europäischen Nationen wünschen, eine schnelle Beendigung dieses Krieges ist, so daß das industrielle System dieses Landes so wenig als möglich desorganisiert bleibe. Man sollte es für unmöglich halten, daß eine einsichtige Person irgendwie daran zweifeln könnte, daß dieses selbe Ziel von der Regierung der Vereinigten Staaten noch viel schneller, als von den europäischen Staaten gewünscht wird. Nichtsdestoweniger hat der Krieg nun ein volles Jahr hindurch gedauert. Ein neuer Feldzug ist eben im Beginn, und es dürfte nicht unerspreßlich sein, die Ursachen, die den Krieg so sehr in die Länge zogen, näher zu betrachten. Unsere Regierung nahm vom Anfang an, und bestand fortwährend darauf, daß die Union aufrecht erhalten werden könne, müsse und solle. Die europäischen Nationen andererseits haben über die Möglichkeit dieser großen Rettung entweder ihre Zweifel oder geradezu ihren Unglauben zu erkennen gegeben. Die europäische Meinung hat die Aufständischen begünstigt, sie hat sie in ihren Forderungen durch ephemere Sympathien und Vorpiegelung fremder Dopwischenkunft bestärkt und so den Krieg bis zum jetzigen Zeitpunkt hinausgezogen. Die amerikanische Regierung und Nation erwartet sicherlich mit größerer Zuversicht als vor einem Jahre die Erhaltung der Union. Wir haben thatsächlich alle an der Seeufer verlorenen Positionen wieder gewonnen; wir haben den Mississippi und alle anderen natürlichen Verkehrswege in unserer Gewalt; die Kräfte und Hilfsmittel der Regierung sind unerschöpft und im Wachsen, die der Aufständischen sind verringert und nahezu erschöpft.

Der Präsident gibt den auswärtigen Nationen zu bedenken, daß wir erst am Ende eines Kriegesjahres stehen, daß doch die ganze Streitmacht des aufständischen Gebiets durch die Konstriktion ins Feld gestellt werden müßte. Der Kredit der Revolution ist todt, ehe der erste Dollar zu ihrer Unterstützung auf dem Wege der Besteuerung ausgebracht wurde, und das Gebiet, welches die Steuerlast zu tragen hat, ist mit einem Male auf die enghen Grenzen eingeschränkt, und an Vermögen und Borräthen erschöpft. Wenn eine Faktion verliert, so muß ihre Kraft unter allen Umständen fortwährend immer mehr abnehmen. Aber die Macht der Uniongegner schwindet unter dem Einfluß einer Ursache ganz eigener Art, die ich jetzt zu besprechen für meine Pflicht halte, — ich meine den Gebrauch

der Afrikaner-Sklaverei. Die Gegend, worin der Aufstand noch immer sein Haupt erhebt, umfaßt das Gebiet, das ganze oder theilweise Gebiet mehrerer Staaten, mit einer weißen Bevölkerung von 4,500,000 und einer Negerbevölkerung von 3,500,000 Seelen, die größtentheils Sklaven sind. Wir sehen also vor uns einen Krieg zwischen zwei Parteien der weißen Rasse, der nicht nur in Gegenwart, sondern ganz inmitten der gegenwärtigen Negerrace geführt wird. Es ist offensichtlich — wir könnten, auch wenn wir wollten, die Thatsache nicht verhehlen — daß der Streit aus Fragen entspringt, an denen die Negerrace ein tiefes und dauerndes Interesse hat, und daß sie mit ihren Sympathien, Wünschen und Interessen sich naturgemäß, notwendig, unvermeidlich auf die Seite der Union schlagen muß. Solch ein Bürgerkrieg konnte unmöglich lange fortauern, ohne daß die Negerrace anfangs eine gewisse Theilnahme und Aufregung zu bekunden. Schon sind wir bei diesem Stadium angelangt. Ueberall erhält der amerikanische Feldherr seine zuverlässigsten und nützlichsten Nachrichten von den Negern, die seinen Anzug als den Vorboten der Freiheit begrüßen. Nicht weniger als 100 flüchtige Sklaven suchen täglich bei unserer Armee Schutz, und wenn auch eine so lang unter dem Sklavenjoch gehaltene Bevölkerung einiger Frist und Probezeit bedarf, ehe sie sich zu organisiren vermag, so wird doch, wenn der Krieg sich auf unbestimmte Zeit hinauszieht, eine Sklavenerhebung früher oder später eintreten.

Die Desorganisation der Industrie aber, die in Folge dieser Zustände sich schon jetzt in den aufständischen Staaten offenbart, kann nicht umhin, ihre Kampfkraft zu schwächen, und muß zugleich indirekter Weise noch größeren Nothstand in Europa hervorrufen. Weit weniger nachtheilig wirkt diese Desorganisation bis jetzt auf die Unionregierung und die loyalen Staaten ein. So sind viele europäische Prophezeiungen Lügen gestraft worden. Ich will zwar nicht behaupten, daß die Wirkungen des Krieges sich fortwährend gleich bleiben werden; aber es ist genug daran, daß die Leiden des Krieges bis jetzt nicht schlimmer sind, als die Wohlthaten Staaten zu ertragen vermögen.

Nehmen wir nun an, daß eine oder mehrere europäische Mächte mit gewaltthätiger Hand einschreiten wollten, um die Vereinigten Staaten zur Annahme eines Kompromisses zu zwingen, welcher andere Wirkung könnte sie damit erzielen, als jenen Sklavenkrieg, der alle europäischen Interessen in Amerika von Grund aus zerstören würde, und welchen unsere Regierung so angelegentlich abzuwenden sucht, unvermeidlich zu machen und selbst zu beschleunigen? Ich weiß, daß die Gefahr irgend eines auswärtigen Eingriffs dieser Art, wenn sie je bestand, vorüber ist, so wie ich mich glücklich schätze, zu wissen, daß keine fremde Regierung je mit solch einer Einmischung gedroht hat, während mehrere hochherzige Regierungen jede unfruchtbare Absicht verläugnet haben. Ich habe jene Hypothese nur als Vorwort zu einer nicht weniger bedeutsamen Frage aufgestellt — nämlich zu der, welche Folgen eine Politik haben müßte, die den Aufständischen Hoffnung auf eine Intervention macht, welche niemals eintreten soll? Wird diese Wirkung nicht schon sichtbar in der Hartnäckigkeit der Insurgenten, in dem Umstand, daß sie die Baumwolle und den Tabak, der schon geerntet ist und bei der Wiederkehr des Friedens in den Handel gebracht werden könnte, verbrennen und daß sie gesonnen sind, den Samen ihrer Stapelprodukte zu pflanzen vernachlässigen, und alle afrikanische Arbeitskraft auf die Erzeugung von Armeeproviand und andern Kriegesbedarf verwenden? Im Verlauf der Zeit werden diese Wirkungen noch stärker hervortreten, und jenen Sklavenkrieg anbahnen, der unendliche Leiden über die ganze Welt heraufbeschwören wird und schließlich ein ganz neues System des Handels zwischen den Vereinigten Staaten und dem Ausland hervorbringen muß.

Ich brauche nicht zu sagen, daß diese Ansichten durch kein Vorgehen und keine Aeußerung der britischen Regierung veranlaßt sind, und daß sie ihr nur dargelegt werden, damit man überall den jetzigen Kampf in seinem wahren Licht erkennen möge. Ich verbleibe u. s. w. u. s. w.

Am 28. Juli antwortete Carl Russell in einer Depesche an Hr. Stuart:

Sir, ich habe eine Depesche von Hr. Seward, die Hr. Adams mir vor mehr als einem Monat überreicht hat, bis jetzt unterwiedert gelassen, theils weil die darin betonten militärischen Ereignisse, nach der Ansicht von Ihrer Majestät Regierung, weit entfernt waren, einen entscheidenden Charakter zu haben, und theils weil die Depesche keinen Vorschlag enthielt, über welchen J. Maj. Regierung sich zu entscheiden hätte. Die Ereignisse, die nach dem Datum von Mr. Seward's Brief eintraten, haben gezeigt, daß J. Maj. Regierung sich in ihrer Meinung über den ersten Punkt nicht geirrt hatte. Auf die erfolgten Siege folgten Niederlagen; die in der nächsten Umgebung der Hauptstadt des Südbundes eroberten Stellungen sind wieder aufgegeben. Diesen Ereignissen ging ein großer Verlust an Mannschafft im Felde und im Spital zur Seite, während die von beiden Kongresshäusern genehmigte Konfiskationsbill und die Proklamationen des Generals Butler in New-Orleans von der gesteigerten Bitterkeit des Kampfes Zeugniß ablegten. Der von Hr. Seward so eindringlich angekündigte Ausbruch eines Sklavenkrieges sagt uns nur voraus, daß zu dem Blutvergießen, dem Verlust an Vermögen und der Industrieverheerung, die schon jetzt ein jüngst noch blühendes und ruhiges Land betrübten, sich ein neues Element der Zerstörung gesellen kann. Auch über den andern Punkt habe ich nichts Neues zu sagen.

Von dem Augenblick, da wir die Kunde erhalten, daß 9 Staaten und mehrere Millionen Bürger der großen amerikanischen Union dieselbe verlassen und gegen die Regierung des Präsidenten in den Krieg zogen, bis auf den heutigen Tag hat Ihrer Majestät Regierung eine freundliche, offene und folgenreiche Politik beobachtet. Sie hat zwischen den beiden Kämpfern im Bürgerkrieg sich neutral gehalten. Weder der Verlust des, einem großen Theil unseres Volkes so notwendigen Rohmaterials, noch die Verleibungen, mit denen der britische Name in Neben und Zeitungen fortwährend überschüttet ward, noch die ungewöhnliche Strenge, womit Ihrer Majestät Unterthanen, welche die lockere Blockade der südlichen Häfen zu brechen suchten, behandelt wurden, bewog die britische Regierung, nur einen Zoll weit von ihrer unparteiischen Neutralität abzuweichen.

In diesem Augenblick liegt ihr nichts mehr am Herzen, als jenes Ziel, von dem der Präsident in seiner Erwieberung an die Gouverneure der 18 Staaten spricht, nämlich eine baldige und befriedigende Beendigung dieses unnötigen und verderblichen Bürgerkrieges erreicht zu sehen. Was den Stand der Meinung in England betrifft, so weiß der Präsident, daß eine vollkommen freie Kritik aller öffentlichen Ereignisse hier zu Land ein unumwandelbarer Brauch ist, den das Gesetz, sowie die allgemeine Gesinnung der Nation gutheißt.

Deutschland.

Karlsruhe, 14. Aug. Heute Nachmittag beging die hiesige Kleinkinderschule ihr fünfundsanzwanzigjähriges Jubiläum. Unter den schattigen Bäumen des Hofes und Gartens war die große Kinderchar verammelt und mit ihnen viele ihrer Mütter und Verwandten. Sie sollten noch einen hohen freundlichen Besuch bekommen. Nach drei Uhr kam Se. Königl. Hoheit der Großherzog mit Ihrer Maj. der Königin von Preußen in Begleitung Ihrer Excell. der Frau Oberhofmeisterin v. Roggenbach und der Hofdamen und des Kammerherrn v. Edelstein. Leider konnte unsere geliebte Frau Großherzogin, deren besonderer Liebe und Theilnahme sich diese Anstalt erfreut, nicht dem Feste beiwohnen. Dafür aber hatte Sie die Anstalt mit einem huldvollen Geschenke von 100 fl. bedacht, und den Kindern die Tische überreich mit Gaben bedeckt. Es war ein rührender Anblick, die

Kg. Meine Jacht.

(Fortsetzung aus Nr. 191.)

Das Nächste, dessen ich mich erinnere, ist — daß ich mich in meinem Bett in meinem eigenen Schlafzimmer in meinem eigenen Hause auf dem kanadischen Ufer befand. Frau Madison, die mütterliche alte Schottin — meine Haushälterin, und als Krankenwärterin die Freundlichkeit und Besorgtheit selber — schlief in Schlafbandpantoffeln in der Stube herum, und Arzneifläschchen standen bei der Hand, und das Gemach war gedunkelt.

„Kein Wort frigen Sie von mir zu hören, Herr Hauptmann, bis Sie wohl genug dazu sind und der Doktor es zugibt. Sind Sie also neugierig darauf, so müssen Sie eben Ihre Medizin und Ihren Harnschleim nehmen und sich mit Fragen gebulden, bis Sie wieder gut sind. Ne, ne, 's hilft Sie nichts, die alte Effie Madison läßt sich weder mit Schmeicheln noch Schelten von ihrer anvertrauten Schulbigkeit abbringen.“

Die würdige Alte war unerbittlich, und der Doktor nicht minder, mit ihrer Verweigerung aller — Auskunft, bis ich in voller Genesung mich befände. Ein oder zwei Mal hörte ich des alten Wilm's drummende Stimme draußen, herein durfte er aber nicht. Endlich, als ich wohl genug war, um das Bett zu verlassen und so viel Bonillon und Gelee zu mir zu nehmen als meine Beforger für zuträglich hielten, führte der Doktor Wilm herein. Der alte Wilm brauchte nicht viel Zureden, um Alles zu erzählen, was er wußte.

„Ja, sehen Sie, Herr Hauptmann,“ hob er an, „ich schäme mich von Grund meiner Seele, daß ich alter befahrener Kerl wie ein rechter Gekschnabel mic so von den Landpauken den Wind hoch abgewinnen lassen. Aber ich war eben drunten, und der Eli der war auf Deck, und der dänische junge Kornengel singt nicht eher auf, als bis 's Boot heran war, und die Schwarzen uns an Bord traddelten. Da halloht er hinaus, und ich komm' herauf, und ein klein' Weilchen

spielten wir zerr' n Teufel zerr' n Bäder. Aber du lieber Himmel, Herr Hauptmann, ich bin ein alter Holt, kaum sechsf, und konnt' mich nicht viel herumtschlagen mit acht schwarzen Mannskerkeln und zwei Weissen...“

„Schwarzen —?“ fiel ich ihm in's Wort; „Neger sollten unsere Angreifer gewesen sein...?“

„Ja, Guter Ehr'n,“ antwortete Wilm, seinen Hut um und um drehend; „die Schwarzen waren in der Blockhütte am Land versteckt, und hatten dort schon Wochen lang drauß spekulirt, auf der Frau Königin Viktoria Grund und Boden 'nüber zu kommen, wo sie ja frei sind. Denn, sehen Sie Herr Hauptmann, sie waren ihren Herren durchgebrannt aus 'm Tennessee, wozu ihnen welche von den Manzipations-Lenten geholfen haben.“

„Die Neger waren also entlaufene Sklaven, die um jeden Preis aus dem Bereich des amerikanischen Gesetzes sich retten wollten, und Herr Gartmore und der Professor...?“

„Die zwei Lämmler von Landpiraten sollen mir nur vor die Faust kommen!“ schrie der alte Wilm nachdrucksam, „mit denen will ich abrechnen! Die Jacht zu kapern, war schlecht genug, aber Guter Ehr'n auch noch so durchzuwallen! Da ist aber ein Brief, Herr Hauptmann, den mich der Schutz Ihnen zufließen hieß, wie er auf die Kanada-Seite herüber war und den Eli und mich losband, nachdem die meisten Schwarzen in den Booten waren.“

Der Brief war kurz:

„Tausend Entschuldigungen, mein lieber Pownall, wegen der Freiheit, die wir uns mit Ihrer Jacht genommen haben. Noth, wissen Sie, kennt kein Gebot. Unsere schwarzhäutigen Freunde lassen Ihnen durch mich dafür danken, daß Sie ihnen aus den Klauen des kolonialischen Ablers geholfen haben; und die ganze Sache wäre eigentlich zum Lachen, ohne den unglückseligen Streich, den Sie tollkühnerweise nach dem Professor geführt haben. Das verwandelt die Poste beinahe

in eine Tragödie, denn wir hatten unser Auserstes zu thun, um unsern hitzigen Freund zu verhindern, den Affront in Blut abzuwaschen. Wir wurden gejagt, allein des lieben Schooners Ferkel, stürker als geschmierter Bly, salvirten unsere Haut. Sollten wir uns nimmer wieder treffen, was, leider! wahrscheinlich ist, so will ich Ihnen zum Abschied den Rath als Vergeltung für Ihre Gostfreiheit geben: Seien Sie ein ander Mal ein wenig minder vertrauens — so was man bei Ihnen „grün“ nennt.

Erkenntlich der Ihrige P. G.“

„Und nun, mein werther Herr, lassen Sie mich Ihnen möglichst kurz den Rest der Geschichte erzählen,“ sagte der Doktor; „dieser Herr Gartmore, alias Daniel Holt, ist einer der famossten Agenten der „Untergrund-Eisenbahn,“ wie besonders der aktive — bezahlte — Theil der Gesellschaft heißt. Er war bei dem Entlaufen einer Anzahl Sklaven aus Tennessee — acht Männer, fünf Frauen und mehrere Kinder — behülflich gewesen, und mit vieler Mühe hatte man den ganzen Trupp in der Jäger-Bucht untergebracht, um dort Mittel zur Fortbringung nach Kanada und in die Freiheit abzuwarten. Außer diesen Negern hatte die Gesellschaft für eine sehr schöne Quadronne, Cornelia Nashleigh aus Mobile, zu sorgen. Die Geschichte des Mädchens ist wie viele, die Sie schon in Amerika gehört haben werden. Genug also — daß sie das gefährlichste Kind eines alten Pflanzers war; der es veräuerte, sie frei zu erklären; daß sie, bei seinem Tod, von seinen Erben als ein Verlassenschaftsstück angeprochen wurde; daß ihr Verkauf, Sklaverei und Schande drohte; und ihre einzige Hoffnung in der Flucht nach einem freien Lande bestand. Sie war, wie Sie wohl errathen haben, die angebliche Frau Kender, und ihr verdankten Sie wahrscheinlich Ihr Leben; denn der falsche Professor, der Siram Lech heißt, ist, wie ich höre, ein grimmiger Raufbold.“ (Schluß folgt.)

*) Bekanntlich: Kind eines Europäers und einer Mulattin. D. Einfl.

Glieder unseres erhabenen Fürstenhauses unter den Kleinsten und Geringsten im Volke verkehren zu sehen. Der Geistliche Rath Gafz eröffnete nach dem Chor der Kinder: „Großer Gott wir loben dich“ die Feier mit einer Ansprache an die Kinder und die Wohlthäter; Dekan Zimmermann wies die Geschichte des Hauses, das einst mit 12 Kindern unter vielen Kämpfen gegründet ward und jetzt gegen 300 Kinder zählt, an dem Gleichnisse des Senforns nach; Pfarrer Frommel schloß mit einer Ansprache an die Kinder und Lehrerinnen des Hauses. Darnach durfte sich das Kindervolk im Erbpflanzgarten an den Gaben erquiden, die das fürstliche Wohlwollen ihm bereitet hatte. Auch Ihre Maj. die Königin von Preußen hinterließ ein huldvolles Geschenk, sowie auch Ihre Großh. Hoheit die Frau Markgräfin Wilhelmine, die der Anstalt von ihrer Gründung an immer freundlich gedacht hatte, auch diesmal sie mit einer huldvollen Gabe erfreute.

Möchte dies schöne Fest dazu beitragen, diese Anstalt, die in hiesiger Stadt schon so viel Gutes gestiftet und die Anregung zu allen Kinderschulen im Lande gegeben hat, auch dem ferneren Wohlwollen der hiesigen Einwohner zu empfehlen.

Aus der Pfalz, 12. Aug. (Sch. M.) Mit geringer Stimmenmehrheit siegte bei der gestrigen Dekanatswahl in Schwellingen der Kandidat der Nationalisten, Pfarrer Eberhard in Wiesloch, über den bisherigen Dekan Ledderhose.

Ludwigshafen, 13. Aug. (Fr. Z.) Heute Morgen zwischen 9 und 10 Uhr kam von Koburg die Leiche des Hrn. F. P. Buhl durch unsere Stadt, um nach Deidesheim verbracht und in dem Familienbegräbnisse des Verstorbenen beigesetzt zu werden. Von Mannheim aus geleiteten viele persönliche und politische Freunde des Verlebten, darunter Hr. Oberbürgermeister Achenbach, die Leiche über die Brücke, wo hiesige Freunde des Dahingeshiedenen dieselbe in Empfang nahmen und weiter geleiteten. Zu dem morgen in Deidesheim stattfindenden Begräbnisse werden sich auch von hier mehrere Herren nach Deidesheim begeben. Durch den Tod des Hrn. Buhl ist die Neuwahl eines Abgeordneten im Bezirk Landau-Neustadt-Dürkheim nothwendig geworden.

München, 13. Aug. Der Wiener „Presse“ war ein Telegramm aus München, 12. d., zugegangen, worin es hieß, Bayern und Württemberg erklärten sich für die Jolleinigung mit Oesterreich und beantragten eine außerordentliche Zollkonferenz in Berlin zur Verabreichung der österreichischen Vorschläge. Dazu bemerkt die offizielle „Bayrische Ztg.“: „Zur Erläuterung dieses Telegramms können wir beifügen, daß die königl. bayrische Regierung in einer Depesche vom 12. d. sich allerdings, wie von jeher, so wiederholt für Erfüllung des Art. 25 des Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich vom Jahr 1853 — nämlich für Verhandlungen über die Jolleinigung mit Oesterreich — ausgesprochen hat, um so mehr, als jetzt Oesterreich selbst durch die in jüngster Zeit angebotene Reform seines Zollsystems diese Verhandlungen wesentlich erleichtert habe. Wenn auch der Ausdruck der „Presse“, als habe man von hier aus eine außerordentliche Zollkonferenz in Berlin förmlich beantragt, an einiger Unge nauigkeit leidet, so ist doch nach unsern Erkundigungen richtig, daß die königl. bayrische Regierung kein formelles Hinderniß gegenwärtig wahrzunehmen vermag, Verhandlungen über Oesterreichs Vorschläge zu eröffnen, und daß sie die Erwartung hegt, der föderative Sinn der deutschen Regierungen werde dieses Ziel baldmöglichst ermöglichen.“

Wiesbaden, 13. Aug. (Mittelrh. Ztg.) In der heute in der Zweiten Kammer stattgehabten Sitzung waren die Differenzpunkte in den Beschlüssen der Ersten und Zweiten Kammer zu den Gesegentwürfen, die Presse und das Wegbegabgesetz betr., Gegenstand der Tagesordnung. Im Wesentlichen wurde beschlossen, auf den von der Zweiten Kammer gefaßten Beschlüssen zu beharren. Nur bezüglich der Kautionsleistung zur Herausgabe einer Zeitung ist die Zweite Kammer von ihrem Beschlusse ganz abgegangen, und hat den beschalligten Beschluß der Ersten Kammer sanktionirt, welcher eine Kautionsleistung von 600 bis 1800 fl. festsetzt. Das Wegbegabgesetz wurde unter Berücksichtigung der eingetretenen Modifikation von der Kammer mit 19 gegen 5 Stimmen genehmigt. — Die Abgg. Dr. Braun und Ebel übergeben Petitionen aus den Gemeinden Oberursel, Aumenau, Seelbach, Falkenbach und Affert, ausgegangen von einer großen Anzahl Güterbesitzer und Gewerbetreibenden, um Anerkennung des preussisch-französischen Handelsvertrags. — Der Abg. Rath erstattet Bericht zum Antrag der Abgg. Schmidt und Jäger wegen Abkürzung der Präsenzzeit und der Dienstpfllicht der nassauischen Truppen, und stellt folgenden Antrag: „Die hohe Zweite Kammer wolle die hohe Regierung aufs dringendste ersuchen, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln bei dem Deutschen Bund dahin zu wirken, daß unter Aufhebung des Bundesbeschlusses vom 15. Novbr. 1855 eine Herabsetzung der Präsenzzeit der Truppen unter das in dem Bundesbeschlusse vom 24. Juni 1841 bestimmte Maß in Verbindung mit solchen Einrichtungen ins Leben trete, durch welche eine Vorbildung der deutschen Jugend für den Militärdienst herbeigeführt wird, und daß die allgemeine Militärpfllicht der ganzen wehrfähigen männlichen deutschen Jugend unter gleichzeitiger Abkürzung der Dienstpfllicht in der Linie eingeführt werde.“ Nach einer längern Diskussion unter den Abgg. Rath, Dr. Lang, Schmidt und dem Regierungskommissär, Oberst v. Holbach, gelangt dieser Antrag zur Abstimmung, und wird mit 19 gegen 5 Stimmen zum Beschluß erhoben. Dagegen stimmten nur: die Abgg. Bonhausen, Feld, v. Reichenau, Wirth und Schäg. — Der Abg. Schleidt erstattet Bericht zum Antrag des Abg. Höchst wegen Entziehung des Jagdrechts, und beantragt: Hohe Kammer wolle beschließen, von der Vorlage eines darauf Bezug habenden Gesetzes bei dem diesjährigen Landtag abzusehen; dagegen die Regierung zu ersuchen, dem 1863er Landtag eine detsfallige Gesetzentwurf vorzulegen. Nach längerer Diskussion wird dieser Antrag mit 21 gegen 4 Stimmen genehmigt.

Frankfurt, 14. Aug. Die heutige Bundestags-Sitzung, in welcher Bayern für Sachsen, Luxemburg für

Holstein, Großherzogthum Hessen für Mecklenburg und Braunschweig-Nassau, Baden für die 17. Kurie substituirt waren, brachte den Antrag Oesterreichs und der Mittelstaaten, welche sich an den Wiener Konferenzen betheiligt haben (die vier Königreiche, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau), in folgender Weise: daß sich die Bundesversammlung durch einen Ausschuss näher Vorschläge über die Zusammenfassung und Einberufung einer Delegirtenversammlung aus den Ständekammern machen lasse, welcher demnach die auszuarbeitenden Entwürfe über Zivilprozess und Obligationenrecht zur Berathung vorzulegen wären. Dieselben Regierungen laden zu beschleunigter Vornahme der Beratungen über das Bundesgericht ein, wobei Oesterreich zugleich einen Entwurf über ein solches einreichte. Preußen gab eine verwahrende Erklärung gegen den Delegirtenantrag ab. Baden zeigte die Ernennung des Hofgerichts-Raths v. Stöffer als Bevollmächtigten für die Zivilprozess-Kommission in Hannover an; einige andere Staaten die Annahme des Gesegentwurfs über gegenseitige Rechts-hilfe. Für die Witwe des vormaligen schleswig-holsteinischen Majors Jungmann beantragte die Reklamationskommission die nachgesuchte Pension. Es fanden die Substitutionen wie in der letzten Sitzung statt, und verlagte sich schließlich die Versammlung bis Anfang Octobers.

Kassel, 13. Aug. (Fr. Z.) Der Kurs für die beabsichtigte Reise in das Seebad Ostende aufgegeben haben; auf der Abhaltung eines mit einem Lager verbundenen Herbstmanövers scheint derselbe zu bestehen, in militärischen Kreisen gilt es wenigstens als ausgemachte Sache. — Eine erneute Aufstellung der Listen der Höchstbesteuerten scheint nicht vorgenommen zu werden, da neuerdings sogar schon Wahlen von den Höchstbesteuerten stattgefunden haben, wie in Ninteln. Danach wird auch die Einberufung des Landtags keine Verzögerung erleiden, man derselben vielmehr für die erste Hälfte des nächsten Monats entgegenzusehen dürfen.

Marburg, 14. Aug. (Südd. Z.) Heute wurden von den Höchstbesteuerten des Marburger Wahlbezirks die Güterbesitzer Hermann Schneider von Marbach und Heinrich Lauer von Niederwalgern zu Abgeordneten gewählt.

Hannover, 14. Aug. Nach der „Tagespost“ ist der Druck des neuen Katechismus sistirt.

Berlin, 13. Aug. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand die Verabreichung des Etats der Justizverwaltung statt. Ueber denselben erhob sich mehrfach längere Diskussion, namentlich über den Antrag der Kommission wegen Aufhebung der Appellationsgerichte zu Halberstadt, Greifswald und des Justizsenats zu Ehrenbreitstein. Der Kommissionsantrag wurde angenommen. Ein fernerer Antrag der Kommission zu vorliegendem Titel geht dahin: die sichere Erwartung auszusprechen, daß die Stelle des Appellationsgerichts-Vizepräsidenten zu Ratibor (der Abg. v. Kirchmann), vom künftigen Jahre ab, nicht weiter wie bisher nur stellvertretungsweise, sondern durch den dazu berufenen Beamten selbst verwaltet werde. Hr. v. Kirchmann ist bekanntlich von dem früheren Justizminister Simonis bis zum 1. Juli 1865 „zu wissenschaftlichen Zwecken“ mit Belassung seines Gehaltes, von welchem über jährlich 300 Thlr. zur Remuneration des Betreters zurückbehalten worden, beurlaubt worden. Taddel erklärt sich ausdrücklich für den Kommissionsantrag, da die Beurlaubung eines richterlichen Beamten auf so lange (beinahe 10 Jahre) gesetzlich unzulässig sei. Der Justizminister ist: Der Vizepräsident v. Kirchmann habe auf eigenen Antrag den Urlaub bis 1865 erhalten; es wäre unbillig, ihm denselben jetzt zu nehmen. Sollte er selbst aber darauf verzichten, so könne die Regierung doch nur dann von dem Anerbieten des Hrn. v. Kirchmann Gebrauch machen, sobald derselbe nach Ratibor zurückkehren wolle; da er dies aber nicht wolle, wie der Abgeordnete sich gegen ihn ausgesprochen, so müsse die Regierung die Verwertung des Kommissionsantrags empfehlen. Abg. v. Kirchmann gibt als Grund an, weshalb er den Urlaub verlange, und warum er nicht in seine frühere Stellung zu Ratibor eintreten wolle, daß er mit der Vertretung des verstorbenen Präsidenten Wenzel nicht in geselliger Weise betraut worden sei. Justizminister: Abg. v. Kirchmann hat eine andere wichtige Anstellung beantragt; die Regierung muß sich vorbehalten, in wie weit sie auf dies Gesuch eingehen kann. Waldeck: Es war eine „Entwürdigung“ des Vizepräsidenten, wenn nicht er, sondern ein unter ihm stehender Rath in Abwesenheit des ersten Präsidenten mit dem Vorsitz betraut wurde. Warum ließ man ihm nicht den Vorsitz? Nicht wegen eines Amtsvergehens, sondern wegen seiner politischen Vergangenheit. Im Interesse der Justiz müsse das Haus endlich einen Entschluß in dieser Angelegenheit fassen. v. Binde macht auf die Abnormität aufmerksam, daß über eine persönliche Angelegenheit in Anwesenheit und unter Theilnahme des Theilhabenden verhandelt werde. Wenn der verstorbene Präsident Wenzel erklärt habe, daß er sich gegen die Uebertragung des Vorsitzes an Hrn. v. Kirchmann ausgesprochen müsse, so sei es nicht aus politischen, sondern aus rein geschäftlichen Gründen geschehen. Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

Bei dem Titel: Persönliche Ausgaben ist vom Abg. Rohden folgender Antrag eingebracht: Das Haus wolle beschließen: gegen die Staatsregierung als nicht ferner zulässig zu erklären, daß den in der Gehaltsklasse von 600 Thlr. stehenden Einzelrichtern bis zu ihrem Eintritte in die Gehaltsklasse von 700 Thlr. eine persönliche Zulage von 100 Thlr. aus den Normalgehalten der höhern Klassen der Richter I. Instanz gezahlt werde. Der Antrag wird angenommen. Die Position zu Unterstützungen bei den Gerichtsbehörden ist um 3000 Thlr. erhöht. Die Kommission hält dies nicht für hinreichend motivirt und trägt auf Abhebung dieser Summe an. Die Abgg. Zimmermann, Schulze-Delitzsch u. unterstehen diesen Antrag, weil sie die Ertheilung von Gratifikationen für demoralisirend halten. Der Justizminister, die Abgg. v. Binde, Lette, Krause u. s. w. führen u. A. aus, daß es sich hier gar nicht um Gratifikationen, sondern um Unterstützungen richterlicher Beamten aller Kategorien in Krank-

heiten u. handle; es wäre doch wirklich traurig, anzunehmen, daß eine ertheilte Unterstützung auf die Unabhängigkeit eines Richters wirke. Der Antrag wird angenommen.

Bei dem Etat für 1863 und dem Titel „Gerichtskosten“ ist der Antrag gestellt: Die Staatsregierung aufzufordern, den Zuschlag von 6 Sgr. pro Thlr. der Gerichtskosten so bald wie möglich, spätestens aber mit dem 1. Jan. 1865, in Wegfall zu bringen. Angenommen. Zur Verbesserung des Einkommens der Oberstaatsanwälte sind 900 Thlr. mehr in Antrag gebracht. Die Kommission beantragt, diese Summe abzulegen. Das Haus stimmt dem Antrag bei. Auch hier wird wieder der Kommissionsantrag: die nachgesuchte Erhöhung des Fonds zu Unterstützungen bei den Gerichten um 3000 Thlr. abzulegen, angenommen. Die von Subalternbeamten eingegangenen Petitionen, welche bitten, dahin zu wirken, daß der Gehalt der Kreisgerichtssekretäre, beziehungsweise Bureauassistenten fünfzig nicht mehr nach den speziellen Etats der Gerichte, bei denen sie angestellt sind, sondern innerhalb des betreffenden Appellationsgerichtsbezirks für alle in demselben beschäftigten Sekretäre, beziehungsweise Bureauassistenten nach Maßgabe der Anciennetät regulirt werden möge — wird dem Ministerium überwiesen. Schluß der Sitzung.

Berlin, 14. Aug. Die „Stern-Ztg.“ bringt, wie telegraphisch bereits angedeutet, einen Artikel über die Verhältnisse wegen einer vermeintlich bevorstehenden Verfassungskrise, aus dem wir noch einiges Nähere herausheben. Nachdem sie durch Erläuterung der betr. Paragraphen der Verfassung zu zeigen gesucht, daß letztere darin eine Lücke habe, daß sie darüber rahlos lasse, „wie das alljährliche, vollends das rechtzeitige Zustandekommen des Staatshaushalts-Gesetzes jeder Zeit ermöglicht werden soll“, fährt sie fort:

Die Staatsregierung hat ihrerseits vollauf gezeigt, wie sehr es ihr Gewissenssache ist, die Rechte der Landesvertretung gerade auf dem Gebiete der Festsetzung des Staatshaushalts zu achten und zur wirksamen Geltendmachung gelangen zu lassen; erst unter der gegenwärtigen Verwaltung sind eine Reihe von Maßregeln in Bezug auf die Budgetbehandlung durchgeführt worden, durch welche die Festsetzung und Kontrolle des Staatshaushalts in jeder Beziehung ihre volle Bedeutung erhalten haben. Man darf von der Regierung Sr. Majestät mit Zuversicht nicht minder erwarten, daß sie an ihrem Theile mit gewissenhafter Treue gegen die Verfassung und mit selbstloser Fürsorge für die ruhige und heilsame Entwicklung des Staatslebens pflichtmäßig Nichts unterlassen wird, um auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen die Feststellung eines dem Sinne und den Voraussetzungen der Verfassung entsprechenden Staatshaushalts-Gesetzes auf alle Weise zu ermöglichen, aber ihre Entgegenkommen in dieser Beziehung muß seine Grenze an der Ueberzeugung von der unabweislichen Erfordernisse des Staatsinteresses finden. Es kann nicht erwartet werden, daß die Regierung in eine Verkürzung des Staatshaushalts willigen sollte, durch welche, um hier den wichtigsten Punkt in's Auge zu fassen, das Werk der Armeeorganisation, welches auf Grund langjähriger Erfahrungen und allseitiger Erwägungen ins Leben gerufen und bis dahin durch die wiederholte Mitwirkung des Landtags, vorbehaltlich der definitiven finanziellen Feststellung, aufrecht erhalten worden ist, wieder vernichtet würde; die Regierung würde ihre heiligsten Pflichten verletzen, wenn sie zur Durchführung der für das Wohl des Staates und des Volkes nach tiefster Ueberzeugung als unerlässlich erachteten Reform nicht von ihrer verfassungsmäßigen Stellung in voller Ausdehnung Gebrauch machte. So wenig sie um einzelner, selbst erheblicher Differenzen in Fragen von inder durchgreifender Bedeutung willen das Zustandekommen des Staatshaushalts ihrerseits leichtsinig gefährden würde, eben so wenig darf und wird sie auf die volle Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse verzichten, wo es sich um die Erfüllung einer kategorischen Pflicht im allgemeinen Staatsinteresse handelt.

Sollte der bedauerliche Fall sich vorwickeln, daß eine Verständigung über einen ausführbaren Staatshaushalts-Etat zunächst nicht erreicht werden könnte, so wird die Staatsregierung unabweislich auch dann nur nach gewissenhafter und strengster Erwägung der ihr durch die Verfassung zugewiesenen Rechte und Pflichten ihr weiteres Verhalten regeln, und wir dürfen die gegenseitigen Verbindlichkeiten wegen beabsichtigten „Staatstrecks“ und „Verfassungsbuchs“ mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Welche Wege sie eventuell im Hinblick auf die Verfassung einzuschlagen haben würde, das kann sich nur nach der Natur der andererseits gefaßten Beschlüsse richten, nicht aber a priori bestimmt werden. Diejenigen, welche auf jede Andeutung der entscheidenden Schwierigkeiten hin mit den erwähnten Verbindlichkeiten so leicht bei der Hand sind, würden zunächst wohl daran thun, sich selbst und ihren Anhängern jene Schwierigkeiten in ihrer vollen Größe nach Anleitung der Verfassung klar zu machen. Wenn dieselben die Frage damit abgeben zu haben glauben, daß sie jede Streichung einer Budgetposition Seitens des Abgeordnetenhauses als eine endgiltige Erledigung des betreffenden Punktes ansehen, so sind sie es, die den Buchstaben und den Geist der Verfassung auf das entscheidendste verletzen und verwirren und eine Krise noch erhöhen, deren verfassungsmäßige Lösung nur durch die vereinte Gewissenhaftigkeit und den stillen Ernst aller Faktoren des Staatslebens möglich ist.

Berlin, 14. Aug. (Köln. Z.) Die Budgetkommission hat in ihrer gestrigen Sitzung die Reorganisationskosten an Naturalversorgung mit 1,789,000 Thlrn. gestrichen. Stavenhagen beantragte, die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde die Naturalversorgung im Submissionsverfahren durch Lieferanten bewirken, so daß eine Magazinverwaltung nur in Festungen bliebe. Der Antrag wurde mit 22 Stimmen angenommen. Birchow fragte wegen der Nichtveröffentlichung militärischer Inzerate in den liberalen Blättern; der Kriegsminister antwortete, daß die Wahl der Organe überlassen bleiben, die sie für zweckmäßig erachte.

Berlin, 14. Aug. Heute früh um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde Ihre Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin von einem Prinzen glücklich entbunden. Das Befinden der hohen Wöchnerin, sowie des jungen Prinzen ist ein vollkommen zufried-

fallendes. — Hr. v. Auerwald verläßt am nächsten Sonntag Berlin, um sich zu seinem Schwiegerohn, dem Grafen Dohna, nach Schlobien zu begeben und daselbst bis zum Herbst zu verbleiben. — Die Frage wegen einer Reise des Königs nach Ostende, worüber noch keine feste Bestimmungen getroffen sind; wird hier vielfach mit der jezigen Gestaltung der Militärausgaben in Zusammenhang gebracht. Namentlich will man versichern, Sr. Majestät hege die Absicht, bei den Plenarverhandlungen des Abgeordnetenhauses über das Armeebudget in der Hauptstadt anwesend zu sein. Nach dem jezigen Stand der Dinge würde übrigens hierin wohl kein Hinderniß der Reise liegen, da diese Verhandlungen jedenfalls nicht vor dem Monat September, wahrscheinlich sogar erst um die Mitte des nächsten Monats ihren Anfang nehmen. — Der heutige offizielle Artikel der „Stern-Ztg.“ über die oberschwebenden Schwierigkeiten in der Militärfrage (s. oben) macht hier aus nabeliegenden Gründen großes Aufsehen.

Königsberg, 14. Aug. (Köln. Z.) Die gestern Abend ausgegebene „Hartung'sche Ztg.“ ist von dem Polizeipräsidenten konfisziert worden. Als Grund der Konfiskation ist der Leitartikel „Amtsgeheimniß und Mannesmut“ bezeichnet.

Wien, 12. Aug. (Sch. M.) Der Lösung der italienischen Krise sieht man mit größter Spannung entgegen, da ihr Ausgang jedenfalls von entscheidendem Einflusse auf die künftigen Schicksale der Halbinsel sein wird. Die legitime Partei, sowie die ultramontane Partei sieht bereits das neue Königreich wieder zusammenbrechen und hofft stärker als je auf die baldige Restauration der vertriebenen Fürsten, während man in diplomatischen Kreisen versichert, daß der Kaiser der Franzosen das Konföderationsprojekt wieder in den Vordergrund bringen will. Die Mission, welche den Baron Hübnier nach Paris geführt hat, soll mit dieser Angelegenheit in Verbindung stehen. Uebrigens dürften alle derartigen Bemühungen ohne Erfolg bleiben, denn man wird sich kaum täuschen, wenn man annimmt, daß weder die Restaurationspolitik, noch das Konföderationsprojekt irgend eine Zukunft in Italien hat.

Wien, 13. Aug. Obgleich die zwischen Berlin und Wien gewechselten Noten in Betreff der preussischen Anerkennung des Königreichs Italien noch nicht veröffentlicht worden sind, haben sie doch — wegen ihres angeblichen Inhalts und Tons — bereits vielen Staub in der Presse aufgewirbelt. Jetzt erhalten wir über den Inhalt wenigstens eines der betr. Aktenstücke einige Andeutungen, die sich für zuverlässig ausgeben. Die „Presse“ bringt folgende Analyse der Depesche des Grafen Rechberg:

Auf die Mitteilung, welche der preussische Gesandte in Wien, Baron Werther, dem Grafen Rechberg über die Anerkennung des Königreichs Italien seitens der preussischen Regierung gemacht, erwidert der österreichische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in einer an den k. k. Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, gerichteten Depesche. In derselben wird bemerkt, daß der preussische Gesandte erst auf wiederholtes Begehren der kaiserl. Regierung dieser eine Abschrift seiner beglücklichen Eröffnungen übergeben. Graf Rechberg habe sodann den Inhalt zur Kenntnis des Kaisers gebracht und sei nun beauftragt, dem König von Preußen den Dank Sr. Majestät dafür abzuliefern, daß die königl. Regierung wenigstens so lange dem Ansinnen, das sogenannte Königreich Italien anzuerkennen, widerstanden habe. Nachdem nun aber Preußen dem Drange nachgegeben, hoffe und wünsche die kaiserl. Regierung aufrichtig, daß Preußen nie Ursache erhalte, im eigenen Interesse den gethanen Schritt zu bereuen. Diesen Dank zur Kenntnis des Grafen Bernstorff zu bringen, wird Graf Rechberg enthält sich eines weitern Eingehens auf den Inhalt der ihm von Preußen mitgetheilten Papiere bezüglich der Versprechungen der piemontesischen Regierung; doch vermöge er über die vermeintlichen Garantien, welche die preussische Regierung sich vom König Victor Emanuel hinsichtlich einer konservativen Haltung verschafft zu haben meine, die eine Bemerkung nicht zu unterdrücken, daß ihm dieselben nicht das Papier, auf dem sie geschrieben sind, werth zu sein scheinen; eine Auffassung, von welcher Graf Rechberg überzeugt ist, daß sie Graf Durando (der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Turin) selber theile.

Wien, 14. Aug. Die „Neuesten Nachrichten“ enthalten ein Telegramm aus Orsova vom 13. d., wonach die Serben den beim Eisernen Thor gestrandeten türkischen Kriegsdampfer „Silifria“ verbrannt haben.

Schweiz.

Bern, 13. Aug. Laut telegraphischem Bericht ist das Resultat der vorgestrigen Wahlen in den Aargauer Grossen Rath zu Gunsten der Liberalen ausgefallen. Ihre Mehrheit wird etwa 20 Stimmen betragen. Im alten Kantonsrathe sind sämtliche Wahlen liberal ausgefallen. Somit wäre die reaktionäre Partei aus dem Feld geschlagen.

Italien.

Turin, 10. Aug. (Köln. Ztg.) Obgleich über die Anspielung auf den Beifall Englands, welche Garibaldi in seiner Rede von Rocca Palumba soll haben fallen lassen, noch nichts Zuverlässiges vorliegt, so hat der Minister des Auswärtigen dieselbe doch benützt, um bei Sir James Hudson über Englands Stellung in der Sache anzufragen. Der Gesandte telegraphirte alsbald an Lord Palmerston und erhielt eben so schnell, wie zu erwarten stand, die Antwort, daß die englische Regierung, weit entfernt, die Unternehmung Garibaldi's zu begünstigen, vielmehr dem in Malta stationirten Geschwader Befehl ertheilt habe, die Küste von Sizilien zu überwachen. Garibaldi rückt absichtlich möglichst langsam vor, weil er hofft, daß andere Ereignisse ihm zu Hilfe kommen werden. Seine Stimmung ist gelassen, ja selbst heiter, jedoch zeigt er sich noch weniger mittheilend als je; über Nazzi und Depretis äußert er sich sehr bitter. — Die Nachricht, daß zwei Kompagnien Nationalgarde mit Sach und Pack zu den Freiwilligen übergegangen, bedarf noch der Bestätigung; jedoch müssen andererseits die Berichte der Blätter über die zahlreichen Desertionen im Lager Garibaldi's eben so vorsichtig aufgenommen werden. Im Neapolitanischen hatten sich bereits bedeutende Verstärkungen für Garibaldi organisiert; General Lamarmora hat daher energische Instru-

tionen erhalten. — In der offiziellen Welt herrscht große Bewegung. Heute versammelten sich die Minister zweimal, das erste Mal unter dem Vorsitze des Königs. Die auswärtige Diplomatie befürchtete die Regierung zum Festhalten der seit dem 1. August besetzten Linie; Rußland sekundirt Frankreich in dieser Beziehung eifrig.

Turin, 13. Aug. Aus Palermo wird vom gestrigen Tag gemeldet, daß Garibaldi am Morgen nach Caltanissetta zurückgekehrt und Abends wieder nach Castro Giovanni abgereist sei. Die bei Girgenti befindlichen Freiwilligen haben Befehl erhalten, sich in Castro Giovanni zu vereinigen. Man glaubt, daß Garibaldi noch immer sein Augenmerk auf Messina habe. Die Regierung hat darüber berathen, die politische Autorität in ganz Sizilien in die Hand des Generals Cugia zu legen.

Frankreich.

Paris, 14. Aug. (W. R.-Z.) Die heute über die Nationalgarde abgehaltene Heerschau ist gut von Statten gegangen. Das Gebränge war enorm. Bis jetzt ist von keinem besondern Vorfalle zu berichten.

Paris, 14. Aug. Das Ereigniß des Tages für Paris und die Pariser ist die so eben endigende Rede des Kaisers über die Nationalgarde und die Armee von Paris. Das Ereigniß des Tages für Europa aber — ist die Erwidern des Kaisers auf die Antrittsrede des neuen spanischen Gesandten bei Uebergabe seiner Beglaubigungsschreiben. Der General Coeha hatte u. A. bemerkt: „Indem die Königin mir diese Mission anvertraute, hat sie mich beauftragt, Em. Maj. die Gefühle ihrer aufrichtigen Zuneigung, sowie ihrer Sympathie für die französische Nation zu versichern. Diese Sympathien werden durch das spanische Volk getheilt u. s. w.“ Hierauf erwiderte der Kaiser:

Hr. Gesandter! Seit meiner Thronbesteigung habe ich, wie Ihnen nicht unbekannt ist, keinen Anlaß verkannt, um der Königin von Spanien meine lebhafteste Sympathie und der spanischen Nation meine hohe Achtung zu beweisen. Ich war daher eben so erfreut als betrübt von der zwischen uns beiden Regierungen eingetretenen Meinungsverschiedenheit. Wie dem auch sei, die von der Königin getroffene Wahl eines Mannes, so bekannt durch die Loyalität und Erhabenheit seiner Gesinnungen, läßt mich eine unparteiische Würdigung der stattgehabten Ereignisse hoffen. Sie werden bei mir die Aufnahme finden, deren Sie würdig sind. Ich weiß in der That, daß Sie für Frankreich von denselben Gesinnungen belebt sind, wie Ihr Vorgänger, welcher unter uns die besten Erinnerungen zurückließ. Ich weiß — zweifle ich nicht daran — die verständlichen Absichten zu würdigen, welche Sie veranlassen, eine Mission in schwierigen Verhältnissen (circonstances délicates) anzunehmen. Es hängt nur von der Königin von Spanien ab — Sie können Ihr bestes Versehen geben — in mir stets einen aufrichtigen Verbündeten zu haben und dem spanischen Volk einen loyalen Freund zu erhalten, welcher seine Größe und seine Wohlfahrt wünscht.

Vor diesem Zwischenfall treten heute die Angelegenheiten Italiens einen Augenblick in den Hintergrund. Uebrigens fehlt es noch immer an positiven Nachrichten über Garibaldi. — Das Blatt „la France“ bekämpft heute die von der „Patrie“ gebrachte Nachricht eines vom Marquis Pepoli dem Kaiser unterbreiteten Antrags wegen einer gemischten Garnison in Rom. „Wir sind in der Lage, zu erklären — sagt das Lagueronniersche Blatt — daß diese Nachricht nicht auf ernstem Grund ruht und keinerlei politischen Werth hat.“ Derselben Zeitung zufolge darf Marquis Pepoli überhaupt nicht als ein Unterhändler, sondern lediglich als ein vornehmer Reisender betrachtet werden, der Paris auf der Durchreise zur Industrieausstellung berührt. Er reist morgen nach London ab. — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute eine Depesche des Contre Admirals Roze an den Marineminister aus Vera-Cruz, 15. Juli: „Zu Vera-Cruz — heißt es darin — hat das gelbe Fieber leider nicht aufgehört.“ Sonst enthält der Bericht Nichts, was nicht schon bekannt wäre. — Man erwartet noch immer für morgen eine Annahme für Preisvergehen. Uebrigens veröffentlichte der „Moniteur“ heute eine dem „Memor. des Deux Sevres“ ertheilte Bewatung. Das offizielle Blatt meldet ferner die Ernennung des Hrn. Cordos zum kaiserl. Procurator an Stelle des „zu anderen Funktionen berufenen“ Hrn. Chaix d'Est Ange. Welches sind diese Funktionen? Senator oder Minister? Mit diesem Dekret tauchen plötzlich wieder alle Gerüchte von Rabinetsmodifikationen, Erhebung des Hrn. Fouad zum Erzschahansler u. dgl. mehr wieder auf. — Von Hrn. Pelletan erschien heute bei dem Buchhändler Pagnerre eine Broschüre, worin der Direktor des Preisbureau's, Hr. Jmbaus, auf's heftigste angegriffen und namentlich seine, mindestens seltsame Vergangenheit, die ihn als Arbeiter nach den Kolonien führte, wo er sich bereicherte u. s. w., auf's schonungsloseste aufgedeckt wird.

Belgien.

Brüssel, 12. Aug. (Köln. Z.) Das Abgeordnetenhause hat die Diskussion des Handelsvertrags mit England begonnen und wird dieselbe morgen schon beendigen. Die Kürze dieser Verhandlungen erklärt sich daraus, daß die Zahl der Schugzöllner im belgischen Parlament alljährlich im Abnehmen und die Macht ihrer Argumente nicht im Wachsthum begriffen ist. Die Regierung hat sich mit den Vertretern der Genter Baumwollindustrie über ein Abkommen geeinigt, welches die in dem Artikel 22 des Vertrags gemachten Zugeständnisse einigermaßen erweitert und verlängert. Namentlich hat das Cabinet jedoch die Zustimmung Englands zu dieser leidigen Maßregel der (provisorischen) Differenzialzölle nicht präjudiciren und nur das nachdrückliche Versprechen ertheilen können, bis zur Ratifikation des Vertrags für den angeführten Zweck das Mögliche bei der Londoner Regierung anzustrengen. Dieser Kompromiß hat genügt, um die Mehrzahl der Genter Deputirten unter der genannten Voraussetzung für den Vertrag zu gewinnen. Natürlich sind der Kammer nebenbei die baumwollenen Redensarten von „Preisvergehen der vaterländischen Industrie u. s. w.“ nicht erspart worden; doch darf man mit Sicherheit voraussetzen, daß die Minorität

gegen den Vertrag, über welchen die Abstimmung für morgen bevorsteht, ganz unerheblich sein wird.

* **Brüssel, 13. Aug.** Die Repräsentantenkammer hat heute den Handelsvertrag mit England mit 76 gegen 10 Stimmen genehmigt.

Montenegro.

Von der montenegrinischen Grenze, 4. Aug. Ueber die Erstürmung der Höhen von Zagarac durch die türkischen Truppen lauten die neuesten Nachrichten aus dem Lager der Herzegowiner Insurgenten nach der „Donau-Ztg.“ folgendermaßen: Die von Mirko befehligte Streitmacht der Montenegriner zählte gegen 8000 Mann, von denen jedoch nur der dritte Theil wirklich kampftüchtig war. Der Fürst Nikolaus war Anfangs auf dem Kampfplatze zugegen, wurde aber alsbald mit Gewalt gezwungen, sich in Begleitung einer Abtheilung der Perjaniken nach Cavo in Sicherheit zu bringen. Nach hartnäckigem Widerstand sah sich Mirko des Abends genöthigt, sich mit den Seinigen nach Draniso und Belosovo zurückzuziehen. Der von den Montenegrinern bei dieser Gelegenheit erlittene Verlust wird auf 2000 Mann, darunter mehr als 500 Tode angegeben. Aus den Reihen der bekannnten Führer werden Pajo, Jezbo Covacevic und Jekoda Rador Krivocapich zu den Verwundeten gezählt. Die Türken sollen im Ganzen bloß 500 Mann verloren haben. Die Entmutigung der Montenegriner hat einen um so höhern Grad erreicht, als sich auch ein empfindlicher Mangel an Lebensmitteln und Munition einstellt. Zugute blieben ebenfalls aus, da alle Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des Kampfes so gut wie geschwunden ist. Obgleich die eine Hälfte des Landes ganz in den Händen der Türken ist, drängt Mirko nichtsdestoweniger mit aller Hartnäckigkeit zur Fortsetzung des Kampfes, während der Fürst, nach einem stark verbreiteten Gerücht, Alles, was er an werthvollen Habseligkeiten besitzt, bereits über die Grenze geschafft, und alle Vorbereitungen getroffen haben soll, um bei Eintritt der beschränkten Eventualitäten sofort nach Korfu zu flüchten. Was den seit dem entscheidenden Schlag, der Vereinigung der albanesischen und herzegowinischen Armee, eingetretenen Stillstand der Operationen betrifft, so findet er seine Erklärung nicht allein in den großen Terrainschwierigkeiten, sondern auch in dem Umstand, daß die Versorgung der nunmehr wenigstens auf 40,000 Mann zu veranschlagenden türkischen Truppen nicht so leicht und schnell bewerkstelligt werden kann. Aus Mostar wird dem gedachten Blatt noch gemeldet, daß an diesem Tag Niska angegriffen werden sollte, und wird noch hinzugefügt, daß in dem vorhergegangenen Treffen Mirko nur durch Einhalten auf seine eigenen Leute dieselben habe zum Stehen bringen können.

Amerika.

* **Neu-York, 1. Aug., Abends.** General Jackson soll sich zu einem Angriff auf McEllan oder Pope vorbereiten. Doch erfährt man nichts Bestimmtes über seine Bewegungen. Die Südstaatlichen eröffneten am 31. vom seitsseitigen Jamesuser aus eine Kanonade mit leichtem Geschütz auf das unionistische Postboot und andere Schiffe, sowie auf das Lager in der Nähe von Harrison's Landing, wodurch mehrere Unionisten getödtet und verwundet wurden. Die unionistischen Batterien antworteten und brachten die südlichen zum Schweigen. General Pope ist bis über Warrentown vorgerückt. Seine Armee soll numerisch sehr stark sein. Die Südlichen sollen mit starker Macht bei Gordonsville stehen. Sie haben mehrere Widerstandsschiffe und Dampfer auf dem Wajoo und haben Batterien errichtet, um den Segner am Stromausflusse zu verhindern. In allen Grenzstaaten finden Guerillas Gefechte statt. In den Straßen von Neu-York wurden mehrere Personen wegen Aeußerungen gegen den Krieg und die Konfiskation verhaftet. Die Nachricht, daß Hr. Lindsay seinen Interventionsantrag zurückgezogen hat, wurde hier günstig aufgenommen. Auf der Unionsflotte vor Vicksburg herrscht große Krankheit. Mehr als die Hälfte der Besatzung ist dienstunfähig. Nach einem Gerücht würde die Flotte nach Memphis zurückkehren.

Neu-York, 4. Aug. Eine Abtheilung der Unionsarmee auf Rekognosirung nach Petersburg hat nach einem leichten Gefechte das Lager der Südstaatlichen zerstört. Die Unions-truppen unter Pope haben den Rapidan überschritten und mit Verjagung zweier feindlichen Reiterregimenter das Justizgebäude von Orange erübrmt.

Eine Aushebung von 300,000 Mann ist angeordnet; auch die vorher verlangte Truppenzahl soll, wenn bis zum 15. August nicht vollständig, durch Aushebung ergänzt werden. — Goldagio steht 147/8. Wechsel auf London 126 1/2.

Bermischte Nachrichten.

* Als Verfasser der vielgenannten Darstellung des Untergangs der „Amazone“ in der „Gartenlaube“ ist, wie man aus Leipzig meldet, ein Dr. Topp in Leipzig ermittelt.

— Paris, 15. Aug. Nach dem Ausweis der französischen Bank haben abgenommen der Barvorrath um 7 1/2 Mill., das Portefeuille um 44 1/2 Mill., die Vorschüsse auf Unterpänder um 3 1/2 Mill., der Notenumlauf um 11 1/2 Mill., das Guthaben des Staatskassens um 25 1/2 Mill., und das Conto-Corrent der Privaten um 17 1/2 Millionen.

— Aus Petersburg meldet die „Wien. Ztg.“: „Der Kaiser soll in Zarosko plötzlich seine ganze Dienerschaft gewechselt haben, weil er bemerkt, daß ein Portefeuille, in welchem er selbst die wichtigsten Papiere aufzubewahren pflegte, in seiner Abwesenheit geöffnet worden war.“

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 17. Aug. 3. Quart. 80. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: **Fanchon das Leiermädchen**; Wiederpiel in 3 Akten von Kogebue. Musik von Himmel.

